

**Klassenkampf unter dem Halbmond**  
Was bedeutet das anstehende Referendum zur Verfassungsreform in der Türkei?  
→ Seite 2



**Die ArbeiterInnenbewegung in der Türkei**  
Im letzten Jahr gab es eine Reihe von wichtigen Streiks, v.a. beim Tabak-Konzern TEKEL.  
→ Seite 2

www.

# REVOLUTION.de.com

# Für einen europäischen Generalstreik!

## Nur ein sozialistisches Europa kann uns vor den Folgen der Wirtschaftskrise bewahren!

### 1. Die Krise trifft Europa

Die Weltwirtschaftskrise, die mit dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 begann, geht nun ins dritte Jahr. Obwohl die Krise in den USA losging, ist Europa nun im Mittelpunkt. Mehrere Länder des alten Kontinents – sowohl am Mittelmeer wie im Osten – stehen am Rande des Staatsbankrotts.

In Griechenland, Spanien und Portugal werden die Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung massiv gesenkt: durch Kürzungen bei den Renten, den Sozialausgaben, der Bildung und dem Gesundheitswesen sowie Erhöhungen der Konsumsteuern. Die griechischen ArbeiterInnen hätten über ihre Verhältnisse gelebt, erzählen uns dabei die Herrschenden – interessant bei einem Durchschnitts-Nettolohn von 550 Euro! So freuen sich immerhin die europäischen Großbanken über den „Griechenlandhilfe“-Geldregen...

Selbst im Kernland der EU, der BRD – die in den letzten Monaten wieder ein leichtes Wachstum durch den Export in die halbkoloniale Welt verzeichnen konnte –, wird das größte Kürzungspaket der Nachkriegsgeschichte vorbereitet.

Den Herrschenden Europas geht es nach dem Motto eines Obama-Beraters darum, „eine ernsthafte Krise nicht zu verschwinden“. Mit der Krise als Begründung wollen die Bourgeoisien eine strategische Verschiebung der Kräfteverhältnisse erreichen: sowohl zwischen den Klassen in den einzelnen Ländern, als auch zwischen den verschiedenen Mächten in der EU. Es geht um eine Stärkung der Kapitalmacht auf Kosten der ArbeiterInnenbewegung in jedem Land, aber auch um eine Stärkung der großen EU-Mächte, vor allem der BRD, auf Kosten schwächerer Länder.

Der Euro konnte mit fast einer Milliarde Euro vorläufig gerettet werden. Doch während bürgerliche PolitikerInnen das Ende der Krise versprechen, sehen wir nur den Anfang neuer Angriffe in Form von Massenentlassungen und den Abbau von Errungenschaften, die die ArbeiterInnenbewegung in den letzten Jahrzehnten erkämpft hat.

### 2. Gebremster Widerstand

Die Führungen der ArbeiterInnenklasse in Europa, also die sozialdemokratischen und stalinistischen Parteien, sowie die Gewerkschaften, haben den Angriffen nichts entgegenzusetzen. Sie wollen die Kosten der Krise „gerecht“ verteilen lassen – als ob alle Klassen gleichermaßen für die Krise des Kapitalismus verantwortlich wären!

Die bürokratischen Gewerkschaftsführungen versprochen uns, Widerstand zu organisieren, doch ihre Pläne gehen über die symbolische Ebene nicht hinaus. So wird der europäische Aktionstag am 29. September in den meisten der 27 EU-Länder nur aus kleineren Kundgebungen und Demonstrationen bestehen. Nötig dagegen wäre ein Streik, um die Wirtschaft des gesamten Kontinents lahmzulegen und die Kraft der ArbeiterInnen spüren zu lassen.

Nötig wäre Solidarität für die Menschen, die als Sündenböcke gelten sollen. Denn die Angriffe werden begleitet von rassistischer Hetze: gegen „faule Südländer“, gegen „illegale Einwanderer“, gegen „Zigeuner“, also Sinti und Roma und gegen „muslimische Parallelgesellschaften.“ Doch die BürokratInnen denken nicht im Traum an einem europaweiten Streik. Sie leben als VermittlerInnen zwischen Arbeit und Kapital – und aus dieser VermittlerInnenrolle beziehen sie erhebliche Privilegien. Ein solcher Ausstand würde das System, von dem sie leben, zumindest ansatzweise in Frage stellen.

In den Ländern, wo der Druck der ArbeiterInnen am stärksten ist, wie in Spanien oder Griechenland, mussten die Gewerkschaften Generalstreiks organisieren. Doch so beeindruckend die sechs Generalstreiks in der ersten Hälfte von 2010 in Griechenland waren, reichen sie nicht aus, um die Kürzungsprogramme zurückzuschlagen.

Tausende ArbeiterInnen und Jugendliche in Athen versuchten in einer stundenlangen Straßenschlacht mit der Polizei, das Parlament zu stürmen und die Abstimmung über das Sparpaket zu verhindern. Dieses Handeln war berechtigt – aber die reformistischen Führungen distanzieren sich von der Aktion!

### 3. Enteignet die EnteignerInnen!

In vielen Ländern sind es die sozialdemokratischen Parteien selbst, die gerade die Angriffe im Sinne der Bourgeoisie durchführen. Auch neuere, linkere reformistische Formationen wie z.B. die Linkspartei in Deutschland oder SYRIZA in Griechenland beteiligen sich nur an Protesten, um ihre Strategie voranzubringen, an Wahlen teilzunehmen und in die Regierung zu gehen.

Sogar neue Projekte, die sich „Antikapitalismus“ auf die Fahnen geschrieben haben, präsentieren keine klare Strategie, um die Krise des kapitalistischen Systems durch den revolutionären Sturz desselben zu beenden. Die „Neue Antikapitalistische Partei“ (NPA) aus Frankreich fordert zwar richtigerweise eine Ausweitung der Streiks, doch sie ist für eine Teilnahme an bürgerlichen Regierungen grundsätzlich offen. Der Linksblock (BE) aus Portugal ging sogar soweit, im Parlament für das Rettungspaket für den griechischen Staat und die damit verbundenen Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung Griechenlands zu stimmen – weil es „keine Alternative“ gäbe!

Doch in den Betrieben sehen wir erste Ansätze für eine wirkliche Alternative: ArbeiterInnen wehren sich dagegen, die Kosten der Krise zu tragen. Vor allem in Frankreich aber auch in Großbritannien, Irland und anderen Ländern wurden Fabriken besetzt, um ihre Schließung zu verhindern. Bei der Fernsehfabrik von Philipps in Dreux nahe Paris gingen die BesetzerInnen soweit, die Produktion unter ArbeiterInnenkontrolle wieder aufzunehmen. Dieses kleine Beispiel zeigt, wie die Krise wirklich bekämpft werden kann: durch die Enteignung der Produktionsmittel, die momentan nur einer winzigen Minderheit der Gesellschaft gehören.

- ★ Keinen Cent für die Rettung der Banken und Konzerne!
- ★ Ein europaweiter Generalstreik, um die Angriffe der KapitalistInnen und ihrer Regierungen zurückzuschlagen!
- ★ Ein Ende von prekären Arbeitsverhältnissen, die den Alltag von Millionen (v.a. jugendlichen) ArbeiterInnen in Europa bestimmen!
- ★ Eine massive Senkung der Arbeitszeit, bei vollem Lohnausgleich, um die vorhandene Arbeit auf alle Schultern zu verteilen!
- ★ Die Besetzung von Betrieben, die mit Entlassungen oder Schließung drohen, und ihre Verstaatlichung unter ArbeiterInnenkontrolle!

### 4. Seien wir doch realistisch!

Die KapitalistInnen und ihre reformistischen HelferInnen sagen, dass wir „den Gürtel enger schnallen müssen“. Dabei wird heute mehr produziert als jemals zuvor in der menschlichen Geschichte – doch die Profitlogik des Kapitalismus erzwingt die Umverteilung von unten nach oben.

Die ReformistInnen können keine Alternative zu den Kürzungen anbieten, weil es tatsächlich keine andere Möglichkeit gibt, dem Kapitalismus aus der Krise zu helfen, als die ArbeiterInnenklasse dafür zahlen zu lassen. Die einzige realistische Möglichkeit für eine würdige Zukunft besteht in der Enteignung der KapitalistInnen, indem die ArbeiterInnen den Staat zerschlagen und die Gesellschaft durch ihre eigenen Räte verwalten. Der Weg dorthin führt über die Verallgemeinerung der Streiks, die ArbeiterInnendemokratie in den Kämpfen und das konsequente Vorgehen gegen Kürzungen, Entlassungen und Schließungen!

Die Europäische Union entstand als ein imperialistischer Block, damit das europäische Kapital auf dem Weltmarkt besser konkurrieren kann. Die EU ist genauso wie die einzelnen Mitgliedsstaaten vom Kapital abhängig und kann nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung verwaltet werden. Sie muss stattdessen durch ein sozialistisches Europa ersetzt werden.

Um diese Perspektive umzusetzen, brauchen wir eine schlagkräftige revolutionär-marxistische Organisation, die in den Schulen, Universitäten und v.a. den Betrieben verankert ist, die die Kämpfe international zusammenführt und auf die sozialistische Revolution orientiert. Eine solche Organisation müsste sich an folgenden Forderungen orientieren:

## Klassenkampf von oben in Deutschland

„Es herrscht Klassenkrieg, aber es ist meine Klasse, die reiche Klasse, die diesen Krieg führt – und wir gewinnen.“ So sagt es Warren Buffet, einer der reichsten Menschen der Welt.

Die herrschende Klasse in Deutschland bereitet mit dem Sparpaket den größten Angriff auf die Rechte der ArbeiterInnenklasse in der Nachkriegsgeschichte vor. Dabei ist sie sich einig, dass die ArbeiterInnen für die Krise zahlen sollen. Doch Uneinigkeit herrscht über das Tempo und das Ausmaß der Angriffe.

Soll sie die Gewerkschaften frontal angreifen? Oder soll sie nach dem Modell der „Sozialpartnerschaft“ die Gewerkschaftsbürokratie einbinden? Die Gewerkschaftsbürokratie selbst hält an der „Standortlogik“ fest, der zufolge ihre Mitglieder Einschnitte für das Wohl des deutschen Kapitalismus hinnehmen müssen.

Von den reformistischen ArbeiterInnenorganisationen DGB, SPD und Linke gibt es keine grundsätzliche Alternative zu den Kürzungen. Dabei wäre die Situation günstig, um endlich auch mit dem Klassenkampf von unten zu beginnen.

Doch dafür muss eine revolutionäre Organisation aufgebaut werden, die die Enteignung der KapitalistInnen und den Sturz ihres Systems auf die Tagesordnung setzt.

→ von Alex Lehmann, RIO, Berlin

→ eine ausführliche Analyse der Klassenkampfsituation in der BRD vom Autor gibt es auf unserer Website

## Publikationen von RIO



**Der Bildungstreik**  
Hintergründe, Bilanz und Perspektiven der bundesweiten Proteste von SchülerInnen, Studierenden und Azubis  
40 Seiten – 2,50 €



**Von Neukölln zur Weltrevolution**  
Wie die Kommunistische Jugendinternationale in Berlin-Neukölln gegründet wurde  
48 Seiten – 2,50 €



**Zanon gehört den ArbeiterInnen!**  
ArbeiterInnen in Argentinien übernehmen ihre Fabrik und verwalten sie unter ArbeiterInnenkontrolle  
20 Seiten – 1,50 €



**Grundsatzdokumente**  
24 Seiten – 2 Euro



**Unser Werkblatt**  
Flugblatt für Universitäts-Beschäftigte an der FU Berlin  
→ www.revolution.de.com/werkblatt

# Klassenkampf unter dem Halbmond

## Was bedeutet das anstehende Referendum zur Verfassungsreform in der Türkei?

Die Türkei steckt tief in einer Krise. Die herrschende Klasse des Landes ist gespalten: Die kemalistische Partei CHP, die in der Armee und der staatlichen Bürokratie dominiert, kämpft gegen die konservative AKP, die die Regierung und die Parlamentsmehrheit stellt. Die CHP versteht sich als Schutzmacht der Prinzipien der 1923 von Mustafa Kemal gegründeten türkischen Republik. Die AKP dagegen steht für eine aufkommende Bourgeoisie, die den Staatsapparat in die Schranken weisen will.

Dieser Kampf wird über Verschwörungen, Gerichtsprozesse, Medienkampagnen und konkurrierende Massenmobilisierungen ausgetragen. Nun führt die AKP am 12. September ein Referendum durch, um die Verfassung zu reformieren und die Türkei zu „demokratisieren“. Die CHP warnt vor einer drohenden „Islamisierung“. Doch was steckt wirklich dahinter? Ein Blick auf die türkische Geschichte hilft.

Der Staatsapparat ist der historische Vater der türkischen Bourgeoisie. Nach dem ersten Weltkrieg machte sich das jungtürkische Regime daran, aus den Trümmern des Osmanischen Reiches einen bürgerlichen Nationalstaat aufzubauen. Eine zentrale Aufgabe dabei war es, eine moderne Wirtschaft in den Händen türkischer BesitzerInnen aufzubauen – das heißt, es muss

te erst noch eine nennenswerte türkische KapitalistInnenklasse gebildet werden.

Mögliche Konkurrenz wurde dafür mit aller Gewalt aus dem Weg geräumt. Erst traf es die im Handel aktive armenische Bevölkerung, dann griechische und assyrische Volksgruppen. Schließlich wurde Nordkurdistan als innere Kolonie behandelt. Die Naturreichtümer dort waren wichtig für die Entwicklung des türkischen Kapitalismus, das kurdische Volk wurde unterdrückt und als massenhafte Reserve billiger Arbeitskraft genutzt.

Unter der strengen Hand der sehr selbstständigen türkischen Staatsbürokratie konnte sich die türkische KapitalistInnenklasse entwickeln. Durch massive Repression bis hin zu blutigen Putschen verteidigte diese Bürokratie die Interessen des türkischen Kapitals zunehmend gegen die wachsende ArbeiterInnenklasse der Türkei. So war der Militärputsch vom 12. September 1980, an dessen 30. Jahrestag das Referendum stattfindet, in erster Linie gegen eine erstarkende ArbeiterInnenbewegung gerichtet.

Doch inzwischen ist dieser Apparat für bedeutende Teile der türkischen Bourgeoisie selbst zum Hindernis geworden. Vor allem die junge Bourgeoisie aus Anatolien will den Apparat beschränken, der zu frei agiert und Unmengen an Geld kos-

tet. Auf der politischen Bühne wird diese Kraft durch die AKP repräsentiert. Die AKP fußt auf „Türk Islam Sentezi“ (Türkisch-Islamische Synthese), also auf reaktionären Ideologien, die nach dem Putsch von 1980 stark wurden. Von daher entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass heute Schuldzuweisungen an die Adresse türkischer Militärs gehen, wegen Verbrechen, die auch im Interesse der AKP-Fraktion begangenen wurden.

Die AKP-Regierung hat die ArbeiterInnen der Türkei mit Gesetzen (wie die Erhöhung des Rentenalters auf 65) und massiven Privatisierungsprojekten (wie die Privatisierung des staatlichen Tabakkonzerns TEKEL) angegriffen. Sie verstärkte die Privatisierungspolitik, die seit dem Militärputsch 1980 offizielle Staatspolitik jeder Regierung ist.

Die Verfassungsreform der AKP enthält einige Verbesserungen für die Unterdrückten (v.a. bei der Einschränkung der Armee, die bisher als unkontrollierbarer Staat im Staat funktioniert):

Angestellte des Staates dürfen Tarifverhandlungen führen, jedoch ohne Streikrecht. Der Staat garantiert bestimmte Rechte von Frauen und Kindern. Persönliche Informationen werden besser geschützt. Reisen ins Ausland können nun noch durch Gerichte verhindert werden.

Die Kompetenzen der Militärgerichte werden eingeschränkt: Zivilpersonen können nur im Kriegsfall vor Militärgerichte gestellt werden, und Offiziere können auch vor zivile Gerichte gestellt werden.

Die halbherzigen Reformen können und sollen die Lage der ArbeiterInnen nicht nennenswert verbessern. Sie bieten keinen Schutz vor den Hammerschlägen der bürgerlichen Politik. Die einzige Alternative ist eine proletarische Politik, also der konsequente Kampf, vor allem in den Betrieben, gegen alle Kürzungen, Entlassungen, Privatisierungen und Betriebs-schließungen. Die Abgrenzung von allen bürgerlichen Kräften, egal ob AKP oder CHP, die Vernetzung der Kämpfe und ihrer AktivistInnen türkeiweit und international: Das ist die einzige Perspektive, um einer elenden Zukunft zu entgehen!

Die Verfassungsreform bedeutet deswegen weder Todesgefahr noch Rettung. AKP und CHP sind Pest und Cholera, beide vertreten die Interessen des türkischen Kapitals. Die im Kapitalinteresse geplante Einschränkung des repressiven Staatsapparats stellt aber keinen Angriff auf unsere Interessen dar. Daher sind wir für ein kritisches „Ja“ in der Abstimmung. Doch egal ob Sieg oder Niederlage des Referendums – über unseren Sieg oder Niederlage bestimmt unsere Fähigkeit, den Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie erfolgreich zu führen!

## ArbeiterInnenbewegung

Beim Referendum ist viel von „Demokratisierung“ die Rede. Doch die einzige Kraft in der Türkei, die eine echte Demokratisierung durchsetzen kann, ist die ArbeiterInnenklasse. Sie kann sich gegen die Angriffe des Kapitals erfolgreich wehren, wenn sie die Trennung in verschiedene Volksgruppen ein überwindet, denn sie hat die Wirtschaft wörtlich in ihrer Hand.

Die ArbeiterInnenklasse der Türkei meldete sich im Jahre 2010 mit mehreren kämpferischen Streiks und Demonstrationen zu Wort. Allein die 300.000 ArbeiterInnen am 1. Mai am Taksim-Platz in Istanbul sind ein Zeichen, dass aus den Kämpfen der Arbeitenden ein neues Selbstbewusstsein entstanden ist. Dieses Bewusstsein ist vor allem dank dem Kampf beim Tabak-Konzern TEKEL ab Dezember 2009 entstanden. In diesem Kampf wurden Stärken und Schwächen der ArbeiterInnenbewegung sichtbar.

Tausende TEKEL-Beschäftigte protestierten gegen ihre Entlassung im Rahmen der Privatisierung des Konzerns und zelten 78 Tage in Ankara, trotz der Angriffe der Polizei und der Drohungen der Regierung. Es wurde auch ein Generalstreik am 4. Februar organisiert. Gleichzeitig gab es auch weitere Arbeitskämpfe in der Türkei: u.a. bei Marmaray, Cimen Tekstil, Kent Is und den Feuerwehren.

Die türkische Linke hat eine starke stalinistische Tradition und konnte deswegen in diesem Prozess leider keine sehr rühmliche Rolle spielen. Überrascht von dem Widerstand der ArbeiterInnen und politisch hilflos haben die meisten Linken die Möglichkeit ignoriert, Versammlungen und Streikkomitees der Arbeitenden zu initiieren. Die Entscheidungskompetenz blieb

deswegen in den Händen der Gewerkschaftsbürokratie. Diese Bürokratie wurde immer wieder in Frage gestellt, konnte jedoch nicht zu Fall gebracht werden.

Die von der Linken erhobenen Forderungen waren entweder minimal oder maximal. Entweder wurden die ArbeiterInnen gleich zum bewaffneten Kampf aufgefordert oder zu JuniorpartnerInnen in einer bürgerlichen anti-imperialistischen Front erklärt. Auch die beliebte Forderung nach einem Generalstreik war alleine keineswegs ausreichend. Ohne die anderen Sektoren der ArbeiterInnenklasse zu mobilisieren, blieben die Ansätze für Generalstreiks zahnlos. Weder wurde in den Gewerkschaften Druck von unten aufgebaut, noch wurde außerhalb der Gewerkschaften die Zusammenführung der Kämpfe wirklich versucht.

Am 14. September soll nun das Verfassungsgericht über das Ergebnis des Kampfes bei TEKEL entscheiden. Das hat die Gewerkschaftsbürokratie als Ausrede benutzt, um alle Kampfmaßnahmen einzustellen und ausschließlich einen legalistischen Weg einzuschlagen.

Auf die Türkei warten in der nächsten Zeit viele Arbeitskämpfe, wie der laufende Streik bei UPS. Es fehlt aber eine revolutionäre Partei, welche die Erfahrungen aus anderen Ländern und Zeiten vermittelt, wie z.B. die Erfahrungen der KollegInnen bei Zanon oder Kraft Foods in Argentinien, die der ArbeiterInnenbewegung in der Türkei lehrreiche Beispiele geben können, um den Kampf gegen die Angriffe erfolgreich zu führen. Nur eine ArbeiterInnenbewegung, die ihre eigenen Erfahrungen wachhält, kann erfolgreich für ihre Interessen eintreten.

## Welcher Weg jetzt?

Zentral für die Revolution in der Türkei ist die Situation der kurdischen Bevölkerung, die besonders unterdrückt wird. Kurdistan ist eine Kolonie der Türkei, die damit über billige Arbeitskräfte, Rohstoffe und geopolitisch wichtige Gebiete verfügt. Die kurdische Bewegung wird von der BDP (bzw. der PKK) dominiert. Jedoch sind verschiedene Klassen in dieser Bewegung vertreten, die in verschiedene Richtungen gehen.

Die ArbeiterInnen und landlosen Bauern/Bäuerinnen in Kurdistan sind massiv von der Unterdrückung betroffen. Sie leiden am stärksten unter dem türkischen Kolonialkrieg. Dagegen erleben die kleinbürgerlichen Schichten, die die kurdische Bewegung anführen, die Unterdrückung fast nur kulturell. Sie stört v.a., dass sie ihre Sprache, Geschichte und Kultur in den Metropolen der Türkei verleumden müssen. Das schlägt sich in der aktuellen Politik der BDP und der PKK deutlich nieder.

Ihre Haltung, die kurdische Problematik in erster Linie kulturell zu lösen, ohne das Elend der Millionenmassen grundsätzlich ändern zu wollen, führte sogar dazu, dass sie sich zur Verteidigerin der Türkei erklärte. Der kurdische Abgeordnete Hasi Kaplan erklärte im Juli 2010: „Wenn es in der Türkei Themen gibt, die nicht diskutiert werden müssen, dann die Einheit und der Zusammenhalt dieses Landes.“

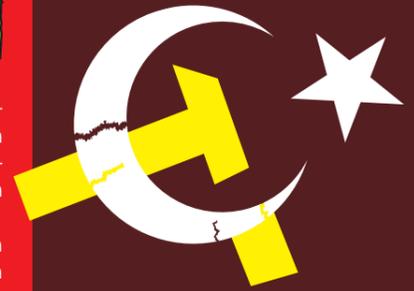
Die kurdischen ArbeiterInnen sind der Teil des kurdischen Volkes, der sich am schnellsten mit der türkischen ArbeiterInnenklasse verbinden kann. Beim TEKEL-Kampf haben ArbeiterInnen verschiedener Herkunft zusammen gekämpft – in einer Zeit, in der die nationalistische Hetze gegen KurdInnen fast faschistische

Züge angenommen hatte. Ein wichtiger Teil der kurdischen ArbeiterInnen lebt in den westanatolischen Slums, weshalb die Einheit von türkischen und kurdischen Lohnabhängigen eine tagespolitische Bedeutung bekommt.

Was für Perspektiven gibt es? Die Mehrheit der Linken in der Türkei strebt nach einer bürgerlich-demokratischen Revolution. In ihrer nationalen Sichtweise scheint die Türkei nicht reif genug für die proletarisch-sozialistische Revolution. Doch gibt es keinen Flügel der Bourgeoisie, der ein ernsthaftes Interesse daran hat, die demokratischen Fragen zu lösen – sie hat zuviel Angst vor einer Mobilisierung der Massen und hält sich viel lieber an die überkommenen Strukturen.

Der TEKEL-Kampf zeigte, dass die ArbeiterInnenklasse der Türkei in der Lage ist, innerhalb kürzester Zeit einen Generalstreik durchzuführen und die politische Atmosphäre grundlegend zu ändern. Nur die ArbeiterInnenklasse in der Türkei und Nordkurdistan ist in der Lage, mit dem Imperialismus, den feudalen Strukturen und dem autokratischen Staatsapparat zu brechen. Doch die ArbeiterInnen dürfen keineswegs das bürgerlich-demokratische Programm von den sozialistischen Aufgaben trennen. Nur ein Programm der *permanenten Revolution* kann die Türkei grundlegend ändern.

Wenn die ArbeiterInnen gemeinsam kämpfen, sind sie gezwungen, auch gegen die nationalistische Hetze vorzugehen. Eine revolutionäre Organisation in der Türkei muss in der ArbeiterInnenklasse aktiv werden und dabei das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes verteidigen.



## Diskussionsveranstaltungen über die Türkei

Offene Diskussionsveranstaltungen über die politische Krise in der Türkei, die ArbeiterInnenbewegung, die kurdische Frage und revolutionäre Perspektiven.

### Berlin: Mi 6. Oktober

19 Uhr im Versammlungsraum im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, U-Bhf Mehringdamm – Podiumsdiskussion mit: **Nick Brauns, Hasan Çötök** und **Suphi Toprak** – gemeinsam mit dem **Kurdistan-Solidaritätskomitee**

### München: Fr 8. Oktober

19 Uhr im Eine-Welt-Haus, Schwanthalerstraße 80, U-Bhf Theresienwiese

### Rostock: Sa 9. Oktober

15 Uhr im Ökohaus, Hermannstraße 36, Haltestelle Steintor – gemeinsam mit dem **Linken Block Rostock**

### St. Gallen: Sa 9. Oktober

18 Uhr im Cabi, Linsebühlstrasse 47

Mehr Infos auf unserer Website.

## Was ist RIO?

Wir, die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO), wollen den Kapitalismus durch eine sozialistische Gesellschaft ersetzen. Denn das kapitalistische System führt zu Krisen, verursacht Kriege, zerstört die Umwelt und reproduziert Rassismus und Sexismus. Wir sind überzeugt, dass eine **Revolution** notwendig ist, um dieses System zu überwinden, denn die KapitalistInnen werden ihre Macht nicht freiwillig aufgeben. Wir brauchen eine **internationalistische** Perspektive, denn der Kapitalismus ist ein globales System. Dazu ist eine **Organisation** notwendig, die eine klare revolutionäre Strategie systematisch in jeden Kampf hineinträgt. Wir tun nicht so, als hätten wir alle Antworten – wir versuchen, **marxistische Ideen** weiterzuentwickeln und zu verbreiten, und damit einen Beitrag zur Schaffung einer ernsthaften revolutionären ArbeiterInnenorganisation zu leisten.



### RIO Deutschland

→ [www.revolution.de.com](http://www.revolution.de.com)

### RIO Schweiz

→ [www.revolution.ch.tc](http://www.revolution.ch.tc)

### RIO Tschechien

→ [www.rio.cz.tc](http://www.rio.cz.tc)

### RIO International

→ [www.onesolutionrevolution.org](http://www.onesolutionrevolution.org)

## Kontakt zu RIO

**berlin**@revolution.de.com  
**fu**@revolution.de.com

**dresden**@revolution.de.com

**kiel**@revolution.de.com

**muenchen**@revolution.de.com

VisDP: R. Müller, Hamburg

In diesem Sinne müsste ein revolutionäres Programm für die Türkei zumindest folgende Übergangsforderungen beinhalten:

- ★ Gegen alle Privatisierungen! Für die Besetzung und Verstaatlichung aller Unternehmen, die mit Entlassungen oder Schließung drohen, unter ArbeiterInnenkontrolle!
- ★ Für einen Plan öffentlicher Arbeiten, um die Arbeitslosigkeit und die Unterentwicklung zu beenden, unter Kontrolle der ArbeiterInnenorganisationen!
- ★ Für das bedingungslose Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes! Für eine gemeinsame revolutionäre Organisation der ArbeiterInnen aller Nationalitäten!
- ★ Offenlegung ausnahmslos aller militärischen Berichte! Aufklärung der tausenden Morde des Apparats durch völkerübergreifende ArbeiterInnen- und Bauerntribunale!
- ★ Für gewählte Streikkomitees! Für eine klassenkämpferische Bewegung an der Basis der Gewerkschaften, um den Verrat der Bürokratie zu bekämpfen!